

Diskussionsveranstaltung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe, 23.9.2010

„Die Daseinsvorsorge in Zeiten der Finanzkrise“

Markus Marterbauer/WIFO

Die Rolle sozialer Dienstleistungen im Sozialstaat der Zukunft

Der Sozialstaat hat durch seine stabilisierende Wirkung wesentlich dazu beigetragen, dass aus der Finanzkrise der Jahre 2008/09 nicht eine Depression im Ausmaß der 1930er Jahre wurde. Dennoch wird er in Folge der Krise erheblich unter Druck kommen. Zum einen bringen der Rückgang von Beschäftigung und Einkommen und die Kosten von Arbeitslosigkeit und Frühpensionierungen eine erhebliche finanzielle Belastung des sozialen Sicherungssystems mit sich. Zum anderen bilden hohe Arbeitslosigkeit und knappe Sozialkassen politische Rahmenbedingungen, in denen Sozialschmarotzerdebatten und Versuche, den Sozialstaat zurückzudrängen, gedeihen.

Es gibt zwei vernünftige Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Zum ersten, die defensive Antwort: In ihr wird die wichtige Rolle betont, die der Sozialstaat in der wirtschaftlichen und sozialen Absicherung der Krisenopfer und in der umfassenden Bereitstellung von Sicherheit für die „kleinen Leute“ spielt. Tony Judt hat in seinem jüngsten Buch „Ill fares the land“ völlig zu Recht darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, diese Meriten des Sozialstaates in der Abwehr der neoliberalen Bemühungen um seinen Abbau zu betonen.

Zum zweiten, die offensive Antwort: Mit ihr wird der Ausbau und Umbau des Sozialstaates verfolgt. Der wichtigste Ansatzpunkt für den Umbau des österreichischen Sozialstaates besteht im Ausbau sozialer Dienstleistungen, die überwiegend auf kommunaler Ebene erbracht werden. Der größte Bedarf besteht in drei Bereichen:

- Erstens im flächendeckenden Ausbau von Kindergärten. Bei der Betreuung der 3-5-Jährigen Kinder besteht erheblicher Bedarf in der Verbesserung der Qualität (Öffnungszeiten, Gruppengrößen), bei den 2-3-Jährigen Kindern fehlen mindestens 30.000 Plätze zur Erreichung der EU-Ziele und 80.000 Plätze zur Erreichung des Versorgungsgrades von Dänemark und Schweden.
- Zweitens in der Erweiterung des Angebots an Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung. Zur Erreichung des Versorgungsgrades der skandinavischen Länder fehlen etwa 500.000 Plätze.
- Drittens im Aufbau eines solidarischen Pflegesystems, primär durch den Ausbau kostengünstiger Betreuung zu Hause, aber auch der Bereitstellung von Plätzen in Pflegeheimen. Dänemark und Schweden geben für diesen Bereich etwa 2% des BIP mehr aus als Österreich und Deutschland.

Der Ausbau sozialer Dienstleistungen als emanzipatorisches Projekt würde viele positive Wirkungen mit sich bringen: Er nutzt vor allem den „kleinen Leuten“, die diese Leistungen privat finanziert nicht in Anspruch nehmen könnten. Gosta Esping-Andersen hat in seinem

letzten Buch „The Incomplete Revolution. Adapting to Women´s New Roles“ gezeigt, dass er vor allem Kindern und Frauen zugute kommt und hohe volkswirtschaftliche Erträge mit sich bringt. Er birgt ein enormes Beschäftigungspotential: Würde Österreich das Betreuungsangebot Dänemarks oder Schwedens erreichen, so entstünden mindestens 150.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Der Ausbau sozialer Dienstleistungen benötigt die politische Unterstützung durch die Bevölkerung. Dafür gibt es zwei grundlegende Voraussetzungen: Erstens, die Erbringung der Dienstleistungen muss bürgerInnenorientiert erfolgen, die Menschen müssen täglich erfahren, dass sie als KundInnen und nicht als BittstellerInnen auftreten. Zweitens und damit in Zusammenhang stehend, die BürgerInnen müssen bereit sein, die zusätzlichen Leistungen zu finanzieren. Ein Teil des Ausbaus sozialer Dienstleistungen kann durch die Umschichtung von Geldleistungen zu Sachleistungen finanziert werden. Doch in Dänemark und Schweden sind nicht nur die auf kommunaler Ebene erbrachten sozialen Dienstleistungen, sondern auch die Abgabenbelastung höher als in Österreich.